

## Niederschrift

### der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.01.2011

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:00 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Rudenz Schramm	parteilos	17:00 Uhr bis 18:45 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:45 Uhr bis 18:45 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreter: Herr Hildebrandt
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Vertreter: Herr Schramm
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreterin: Frau Ewert

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- zu 7.2 - überarbeitete Stellungnahme zum Antrag zur Aufhebung des Beschlusses zur Schließung des Thalia Theaters;

- zu 7.3 - überarbeitete Stellungnahme zum Antrag zur Prüfung der dauerhaften Bestandssicherung des Thalia Theaters;
- zu 7.4 - Stellungnahme der GWG Halle-Neustadt mbH zur Veröffentlichung von Sponsoringberichten.

## **zu 2      Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Verwaltung stellte den geplanten Tagesordnungspunkt

- 5.2. Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe  
Vorlage: V/2010/09354

zurück, da der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss noch kein abschließendes Votum abgegeben hat.

**Frau Ewert** stellte den **Geschäftsordnungsantrag**, die geplanten Tagesordnungspunkte:

- 7.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufhebung des Beschlusses zur Schließung des Thalia-Theaters  
Vorlage: V/2010/09294

- 7.3. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung der dauerhaften Bestandssicherung des Thalia Theaters der Stadt Halle  
Vorlage: V/2010/09317

nicht zu behandeln, da lt. Gesellschaftsvertrag der Aufsichtsrat der TOO GmbH zuständig sei.

Herr Wolter sprach gegen den Geschäftsordnungsantrag. Die Schließungsabsichten seien ein politischer Vorgang. Der Antrag seiner Fraktion verfolge das Ziel, die Diskussion zur Bestandssicherung des Thalia Theaters fortzuführen und den Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben, in welcher Art und Weise die Zukunftssicherung erfolgen könne. Diese Diskussion solle auch außerhalb des Aufsichtsrates geführt werden, da dieser bisher noch keine Lösung gefunden habe. Der Geschäftsordnungsantrag sei für die politische Diskussion nicht förderlich.

### **Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag zu TOP 7.2:**

5 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

### **Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag zu TOP 7.3:**

6 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18. Januar 2011 - öffentlicher Teil

Herr Müller bat darum, den geplanten Tagesordnungspunkt

- 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung  
Vorlage: V/2010/09267

in der Reihenfolge der Beratung so weit nach hinten zu verschieben, bis der zeitgleich tagende Bildungsausschuss ein abschließendes Votum abgegeben hat, bzw. den TOP für die nächste Sitzung vorzumerken.

### **Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

### **Beschluss:**

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 28.09.2010 sowie am 07.12.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet "Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost"  
Vorlage: V/2010/09202
- 5.2. Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe  
Vorlage: V/2010/09354 - z u r ü c k g e s t e l l t -
- 5.3. Förderung der SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Nachbarschaftszentrums Pustebume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2015 - Vorlage: V/2010/09347
6. Analyse finanzorientierter Kennzahlen ostdeutscher Kommunen (2005 - 2008)
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung  
Vorlage: V/2010/09267 - z u r ü c k g e s t e l l t -
- 7.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufhebung des Beschlusses zur Schließung des Thalia-Theaters  
Vorlage: V/2010/09294 - n i c h t z u s t ä n d i g -
- 7.3. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung der dauerhaften Bestandssicherung des Thalia Theaters der Stadt Halle  
Vorlage: V/2010/09317 - n i c h t z u s t ä n d i g -

- 7.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur jährlichen Erstellung von Sponsoringberichten  
Vorlage: V/2010/09310
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 28.09.2010 sowie am 07.12.2010**

---

#### Niederschrift 07.12.2010:

Herr Wolter führte aus, dass die Zusage der Verwaltung in der Sitzung am 07.12.2010, dass das Gutachten des Rechtsamtes bezüglich des Zeitpunktes der Berechnung der Zinsen (Seite 9, mittig) den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis gegeben wird, noch nicht erfüllt wurde.

(Hinweis im Nachgang der Sitzung: Die Zuarbeit des Dezernates IV wurde als Anlage der Niederschrift beigefügt und im Session ergänzt.)

#### **Abstimmungsergebnis Niederschrift 28.09.2010:**

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Abstimmungsergebnis Niederschrift 07.12.2010:**

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 28.09.2010 sowie 07.12.2010 werden genehmigt.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der Sitzung des Finanzausschusses am 7.12.2010 wurden abschließend folgende Beschlüsse gefasst:

zu 3.2 Steuerangelegenheiten  
Vorlage: V/2010/09333

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt auf der Grundlage des § 261 der Abgabenordnung und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2

1. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 75.020,60 € bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens.
2. die Verlängerung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 88.933,50 € bis März 2013.
3. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 67.269,52 € bis 07.07.2013.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet  
"Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost"  
Vorlage: V/2010/09202**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Hildebrandt und Herr Heinz.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Heinz, dass der Stadtrat noch einmal in die Problematik einbezogen werde, falls Handlungszwang bestehe. Die Entwicklungsgesellschaft sei in die Arbeit einbezogen. Die Stadt habe die Aufgabe, die Vorgänge zu leiten und zu lenken, jedoch nicht, alles zu kaufen. Das Bewusstsein der Möglichkeit sei aber nötig, dass die Verwaltung kaufen könnte.

Die verlängerte Apoldaer Straße werde auf jeden Fall aufgenommen. Sie sei Teil des KP II-Programms.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Für das Fördergebiet gemäß Fördermittelbewilligung vom 29.06.2010 mit der Bezeichnung „Infrastrukturprogramm / Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ wird nachfolgende Satzung über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 BauGB beschlossen.
2. Die Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen.

**zu 5.2 Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe**  
**Vorlage: V/2010/09354**

---

**Ergebnis:**

Zurückgestellt, da der SGGA noch kein abschließendes Votum abgegeben hat.

**zu 5.3 Förderung der SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Nachbarschaftszentrums Pustebblume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2015**  
**Vorlage: V/2010/09347**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Wöllenweber, Frau Ewert, Herr Müller, Herr Geier, Frau Simon und Herr Schneller.

Herr Geier antwortete auf die Frage, warum die Vorlage außerhalb der Haushaltsdiskussion eingebracht werde, dass dieses Projekt u. a. durch das Förderprogramm Soziale Stadt finanziert werde. Eine bereits bestehende Förderung werde fortgeführt.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Schneller, dass der Vertrag eine bestimmte Laufzeit habe und durch die Optionsregelung im Punkt 2 über eine Verlängerung entschieden werden könne.

Die Vorbedingungen für die Möglichkeit der Nutzung der Option sowie die Frage, ob beide Vertragspartner die Option ziehen können, waren in der Vorlage nicht hinreichend geklärt.

Die Bindefrist für die bereits gewährten Fördermittel und die Sicherheit für die Einrichtung wurden herausgestellt.

Auf Nachfrage führte Herr Schneller aus, dass ausdrücklich geprüft wurde, dass eine Doppelförderung ausgeschlossen werden könne.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass die SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zur Betreuung des Nachbarschaftszentrums „Pustebblume“ im Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2015 ein Zuschuss von jährlich max. 50.000 € gezahlt wird. Dazu reicht der Träger jährlich zum 31.08. einen Kosten- und Finanzierungsplan für das Folgejahr ein. Die Betriebskosten werden jährlich angepasst.
2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, mit dem Träger einen öffentlich rechtlichen Vertrag zur Pauschalfinanzierung zu schließen. ~~Dieser Vertrag kann mit einer Option um jeweils ein weiteres Jahr verlängert werden.\*~~

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.4700.718400                      jährlich max. 50.000 Euro  
VermHH : -

\*

Die Verwaltung wird gebeten, die Optionsregelung zu streichen und aufzunehmen, wann der Vertrag endet. Änderungen sind ggf. auch diesbezüglich in der Vorlage vorzunehmen.

**zu 6            Analyse finanzorientierter Kennzahlen ostdeutscher Kommunen  
(2005 - 2008)**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Wolter, Frau Ewert, Herr Weihrich, Herr Geier und Frau Hock.

Herr Geier wies darauf hin, dass die Statistiken für das Jahr 2009 noch nicht vorliegen und aus diesem Grund noch keine Berücksichtigung finden konnten. Diese fließen in die nächste Auswertung ein. Die Strukturen seien in den betrachteten Städten sehr unterschiedlich. Darin seien auch zum Teil die Abweichungen begründet. Bei einer Querbetrachtung sei festzustellen, dass die Stadt Halle im unteren Mittelfeld liege.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass die unterschiedlichen Betreiberformen von Aufgaben nicht entscheidend für die Kostenhöhe seien. Bundesweit sei eine Rekommunalisierung von Aufgaben zu erkennen. Frau Hock fügte an, dass bei den Betrachtungen der Sachausgaben der Verwaltung und der Personalkosten unbedingt die dritte Position: Zuweisungen / Zuschüsse einbezogen werden müsse.

Von einem Mitglied wurde besonders darauf hingewiesen, dass die Verwaltung unbedingt Maßnahmen zur Verbesserung der Entwicklung der Gewerbesteuer unternehmen müsse. 87 Gewerbeabmeldungen seien besorgniserregend.

Er habe konkrete Aussagen erwartet, in welchen Bereichen die Stadt Halle (Saale) zu viel Geld ausgibt. Dies wäre vor dem Hintergrund der Haushaltsplanberatungen sehr hilfreich gewesen.

Herr Geier führte aus, dass die Entwicklung der Gewerbesteuer zum überwiegenden Teil ein Stadt- Umland-Problem sei. Eine evtl. zu führende Hebesatzdiskussion in Richtung Reduzierung sei bezüglich der Haushaltslage sehr schwierig.

Hinsichtlich einer Anmerkung zu den Personalkosten erläuterte Frau Hock, dass die Stadt Halle (Saale) im Vergleich mit der Stadt Magdeburg nicht schlechter dastehe. Die Stadt Halle (Saale) habe im Jahr 2008 zwar noch 22-23 Mio. € mehr Personalkostenausgaben, diese seien aber im Wesentlichen durch die TOO GmbH begründet. Magdeburg hatte diesen Bereich zu diesem Zeitpunkt bereits ausgegliedert. Ein zweiter Unterschied sei das Konservatorium, welches sich die Stadt Halle noch leistet und auch der Friedhofsbereich wurde in Magdeburg in einen Eigenbetrieb ausgelagert.

Die unterschiedliche Aufgabenwahrnehmung zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt sei in den Vergleichen nicht zu vernachlässigen, erläuterte Herr Geier.

Auf Nachfrage führte Herr Geier aus, dass im Moment das STARK II Programm nicht gefährdet sei. Im Rahmen der Konsolidierungspartnerschaft prüfe die Investitionsbank in 3 Parametern zahlenmäßige Ableitungen des städtischen Haushaltes. Einige Parameter können die Städte jedoch nicht beeinflussen, z. B. die Änderungen des Bundestages bezüglich der Kosten der Unterkunft. Die Prüfung des Jahres 2010 wurde noch nicht vorgenommen, da noch nicht alle Jahresabschlüsse vorliegen.

Die nächste Analyse wurde für die Sitzung im März oder April 2011 avisiert.

**Ergebnis:**

Die Analyse wurde zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wurde gebeten, bei der Fortschreibung den Vergleich:

- auf die Städte Magdeburg, Erfurt, Chemnitz und Halle (Saale) zu beschränken,
- kurze Erläuterungen bei deutlichen Abweichungen zu geben und
- Kennzahlen zu nutzen und aufzuführen.

**zu 7      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 7.1      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des  
Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger,  
zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung  
Vorlage: V/2010/09267**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Zur Klarstellung der Beförderungsregeln für SchülerInnen mit Behinderungen und FörderschülerInnen werden im § 3 der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) die Absätze 1 bis 3 geändert und erhalten folgende neue Fassung:

**§3 Beförderung von Schülern mit Behinderung / Förderschüler**

- (1) Ist eine Beförderung von Schülern mit Behinderung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht möglich, ist die gesonderte Beförderung mit anderen Verkehrsmitteln durch die Stadt Halle gemäß § 71 Abs. 6 SG LSA sicherzustellen.
- (2) Förderschüler der allgemeinbildenden Schulen sowie der Förderschulen unter Berücksichtigung der Mindestentfernung der Schulwege nach § 2 Abs. 1 Buchstabe a und Abs. 2 Buchstabe a dieser Satzung erhalten eine gesonderte Beförderung für den Zeitraum von 2 Schuljahren ab dem erstmaligen Schuleintritt (Einschulung). Der/die Erziehungsberechtigte/n des anspruchsberechtigten Kindes kann/können diese gesonderte Beförderung ablehnen. Der Anspruch geht dabei nicht verloren.  
Ab dem 3. Jahr nach dem erstmaligen Schuleintritt (Einschulung) haben die Erziehungsberechtigten die Notwendigkeit einer gesonderten Beförderung mit Hilfe eines amtsärztlichen Gutachtens nachzuweisen. Soweit die Notwendigkeit fortbesteht, kann bei Eintritt in ein nachfolgendes Schuljahr ein erneutes amtsärztliches Gutachten vom Schulverwaltungsamt gefordert werden.
- (3) Für alle Schüler, die nicht unter Abs. 1 und 2 berücksichtigt werden, ist die Beförderung jeweils mindestens sechs Wochen vor Beendigung des laufenden Schuljahres unter Vorlage eines amtsärztlichen Gutachtens von den Erziehungsberechtigten beim Schulverwaltungsamt der Stadt zu beantragen. Für den Fall des Neubeginns der Beförderung ist sofort, nach Vorlage des amtsärztlichen Gutachtens, die gesonderte Beförderung zu beantragen.

Absatz 4 bleibt unverändert

**Ergebnis:**

Zurückgestellt, da der Bildungsausschuss noch kein abschließendes Votum abgegeben hat.

**zu 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufhebung des Beschlusses zur Schließung des Thalia-Theaters  
Vorlage: V/2010/09294**

---

**Abstimmungsergebnis über die Nichtzuständigkeit:**

5 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

Die Abstimmung erfolgte beim TOP Feststellung der Tagesordnung.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat weist die Oberbürgermeisterin als Vertreterin des Gesellschafters Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle an, den Geschäftsführer des städtischen Unternehmens anzuweisen, die vorgesehene Auflösung des Ensemble des Thalia Theaters und die Schließung der Spielstätte nicht durchzuführen.
2. Der Stadtrat weist die Oberbürgermeisterin als Vertreterin des Gesellschafters Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle an, eine Einwilligung in Pläne der Geschäftsführung zur Schließung des Thalia-Theaters nicht zu erteilen bzw. eine bereits erteilte Einwilligung zu widerrufen.
3. Der Stadtrat fordert die von ihm in den Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle entsandten Mitglieder auf, den Beschluss des Aufsichtsrates der GmbH vom 08.10.2010 zur Schließung des Thalia-Theaters aufzuheben.

**Ergebnis:**

nach Geschäftsordnungsantrag für nicht zuständig erklärt

**zu 7.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung der dauerhaften Bestandssicherung des Thalia Theaters der Stadt Halle  
Vorlage: V/2010/09317**

---

**Abstimmungsergebnis über die Nichtzuständigkeit:**

6 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

Die Abstimmung erfolgte beim TOP Feststellung der Tagesordnung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung:

1. unter Einbeziehung der Intendantin des Thalia Theaters und Vertretern der Arbeitnehmerschaft Möglichkeiten einer dauerhaften Bestandssicherung des Thalia Theaters - ggf. auch in einer neuen Struktur außerhalb der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle - bis März 2011 zu prüfen.
2. soweit im Ergebnis der Prüfung die Machbarkeit einer Bestandssicherung des Thalia Theaters in einer veränderten Struktur aufgezeigt wird, dem Stadtrat und den zuständigen Gremien der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle umgehend einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Ergebnis:

nach Geschäftsordnungsantrag für nicht zuständig erklärt

**zu 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur jährlichen Erstellung von Sponsoringberichten  
Vorlage: V/2010/09310**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Wehrich, Herr Wolter, Herr Misch und Herr Geier.

Herr Dr. Meerheim informierte, dass zur Sitzung Frau Kozyk von der GWG Halle-Neustadt mbH und Herr Lux von der Stadtwerk Halle GmbH eingeladen wurden. Frau Kozyk habe eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, da sie an der Sitzung aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen könne.

Es wurde der Unterschied zwischen Spende - Geldübergabe und Sponsoring - Geldübergabe und direkte Gegenleistung erläutert.

**Herr Wehrich** begründete den Antrag und wies besonders darauf hin, dass mit der Umsetzung die gebotene Transparenz für die Öffentlichkeit erreicht werden solle. Er stellte den **Änderungsantrag**, den Antrag der Fraktion um die Spenden zu erweitern.

Herr Wolter bat um getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte.

**Abstimmungsergebnis Punkt 1:**

4 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Punkt 2:**

1 Ja-Stimme  
7 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, regelmäßig zusammen mit der Jahresrechnung einen **Spenden- und** Sponsoringbericht erstellen zu lassen, der Auskunft über die Herkunft und die Höhe von **Spenden- und** Sponsoringleistungen durch öffentliche und private Geldgeber an die Stadt Halle und die städtischen Eigenbetriebe gibt.
2. Darüber hinaus wird die Oberbürgermeisterin in ihrer Funktion als Gesellschaftervertreterin beauftragt, Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, anzuweisen, eigene Aufstellungen nach Höhe und Empfänger über sämtliche empfangene und getätigte Sponsoringleistungen **und Spenden** jährlich in den Geschäftsberichten zu veröffentlichen.

**zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**zu 9 Mitteilungen**

---

Die Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II wird mit der Übersendung der Niederschrift nachgereicht.

(Hinweis: Postausgang per Mail an 19.01.2011 erledigt)

**zu 10 mündliche Anfragen**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**zu 11 Anregungen**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Finanzen und Personal

Martina Beßler  
Protokollführerin